

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 25. April 2022, Az.: VI-0123.049:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 1. Quartal 2022.

Hassler
Staatssekretär

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**über aktuelle europapolitische Themen****1. Quartal 2022**

I. Europapolitische Schwerpunktthemen	2
Krieg in der Ukraine	2
Konferenz zur Zukunft Europas	5
Beziehungen zur Schweiz	7
Gesundheitspolitik	8
II. Laufende europapolitische Themen	9
Ausschuss der Regionen (AdR)	9
88. Europaministerkonferenz (EMK)	11
Konsultationen des RegionalHub-Netzwerks	12
Europafähigkeit und Europakommunikation	13
III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit	14
IV. Entwicklungspolitik	17

I. Europapolitische Schwerpunktthemen

Im 1. Quartal 2022 bildeten der Krieg in der Ukraine, die Konferenz zur Zukunft Europas, die Beziehungen zur Schweiz sowie die Gesundheitspolitik die Schwerpunkte der europapolitischen Aktivitäten des Staatsministeriums.

Krieg in der Ukraine

Die Folgen des Krieges sind in ganz Europa und auch in Baden-Württemberg spürbar. Um das gemeinsame Vorgehen im Land ressortübergreifend zu koordinieren, hat die Landesregierung am 8. März 2022 eine Lenkungsgruppe Ukraine eingesetzt. Die operative Umsetzung der Beschlüsse der Lenkungsgruppe erfolgt durch einen Interministeriellen Verwaltungsstab unter Leitung des Innenministeriums. Eine neu eingerichtete Geschäftsstelle in Abteilung V des Staatsministeriums unterstützt die Arbeit der Lenkungsgruppe. Die Lenkungsgruppe selbst tagt wöchentlich und wurde durch den Ministerrat befugt, dringende exekutive Beschlüsse zu fassen.

Die deutschen Länder verurteilten den völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine bereits im Beschluss des Bundesrates zum „Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Makrofinanzhilfe für die Ukraine (COM(2022) 37 final; Ratsdok. 5849/22)“ vom 11. März 2022 (BR-Drucksache 80/22) auf das Schärfste. Baden-Württemberg war Mittragsteller des Beschlusses. Darin forderte der Bundesrat die Russische Föderation zur sofortigen Einstellung jeglicher Angriffshandlungen und dem sofortigen Rückzug aus der Ukraine auf. Der Bundesrat bekräftigte zudem seine Unterstützung für die Ukraine.

Darüber hinaus hob der Bundesrat in seinem Beschluss folgende Punkte hervor:

- Die Begrüßung der umgehenden Verhängung von Sanktionen gegen Russland durch die EU und die Forderung weiterer wirtschaftlicher, finanzieller und diplomatischer Konsequenzen,
- die Würdigung der Anstrengungen Deutschlands und besonders der unmittelbaren Nachbarländer der Ukraine bezüglich der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen, inklusive der zahllosen Aktivitäten im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements,
- die unbürokratische Aufnahme von Kriegsflüchtlingen,

- den Aufnahmeprozess und die Unterbringung der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine (medizinische Versorgung, finanzielle Unterstützung und Zugang zum Arbeitsmarkt),
- den Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über eine zusätzliche Makrofinanzhilfe für die Ukraine und den Einsatz für schnelle und unbürokratische weitere Unterstützungsmaßnahmen.

Staatssekretär Florian Hassler ist in engem Kontakt mit dem für Baden-Württemberg zuständigen Generalkonsul der Ukraine Yuriy Yarmilko. Dazu fanden am 25. Februar, 4. März und 14. März 2022 digitale Gespräche mit dem Generalkonsul statt, um ein Lagebild zu erhalten und die Unterstützung des Landes zu versichern. Im Vorfeld der gemeinsamen Sitzung der Fraktionen GRÜNE und CDU im Landtag am 15. März 2022 traf Herr Staatssekretär Hassler Herrn Generalkonsul Yarmilko und Herrn Konsul Shevchenko auch persönlich im Staatsministerium zu einem Gespräch. Hierbei fungierte Herr Staatssekretär Hassler als direkter Ansprechpartner, um eine schnelle und direkte Unterstützung bei akuten Fragen zu gewährleisten. So wurde u.a. ein direkter Kontakt zum Auswärtigen Amt aufgenommen, um bei zolltechnischen Abwicklungen zu unterstützen. Ebenso wurde durch Staatssekretär Hassler der direkte Draht zum Ministerium der Justiz und für Migration gesucht, um bei Fragen der Unterbringung der Flüchtenden aktiv zu agieren.

Darüber hinaus steht Staatssekretär Hassler in Gesprächen mit den Kommunen und den Kommunalen Landesverbänden zum Thema Kommunal- und Städtepartnerschaften mit der Ukraine. Im Auftrag von Staatsrätin Barbara Bosch und Staatssekretär Hassler fand am 15. März 2022 ein Erfahrungsaustausch hinsichtlich einer Zusammenführung und Vernetzung der städtepartnerschaftlichen Aktivitäten in die Ukraine statt. Aktuell gibt es Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden, wie die Städtepartnerschaften mit der Ukraine und den Nachbarstaaten konkret unterstützt werden könnten. Denn den kommunalen Partnerschaften wird besonders für eine Zeit nach dem Krieg eine zentrale Bedeutung für das Brückenbauen und für die Völkerverständigung zukommen.

Daneben engagiert sich die Landesregierung in der Einbindung der ukrainischen Gemeinschaft in Baden-Württemberg. Am 29. März 2022

fand auf Einladung von Staatssekretär Hassler ein Präsenzaustausch mit ukrainischen Organisationen wie auch Vereinen im Staatsministerium statt. An dieser Besprechung nahm auch Staatssekretär Siegfried Lorek teil. Das ukrainische Generalkonsulat war eingebunden und begrüßte den Termin als wichtige Würdigung der Arbeit dieser Organisationen. Die im Rahmen der Besprechung genannten Themen, wie z.B. Schulunterricht, Räumlichkeiten für Vereinsstrukturen und Unterricht oder Information und Ankunftssituation für Geflüchtete in den Landeserstaufnahmestellen wurden aufgegriffen und an die zuständigen Stellen weitergegeben. Hier erfolgte ein direkter Kontakt von Staatssekretär Hassler zum Kultusministerium und zum Sozialministerium. Auch das Wirtschaftsministerium wurde zum Themenfeld Jobvermittlung eingebunden.

Der Krieg in der Ukraine wirkt sich auch auf die makroregionale EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR) aus, für die die Ukraine im Jahr 2022 die Präsidentschaft der EUSDR innehatte. Der Nationale Koordinator der Ukraine hat die Partnerstaaten am 25. Februar 2022 informiert, dass die Ukraine aufgrund des Kriegs die Präsidentschaft nicht weiter ausüben kann. Die Slowakei und Slowenien haben deshalb interimweise die Präsidentschaft übernommen. Eine gemeinsame Solidaritätsadresse der EUSDR Staaten an die Ukraine ist erfolgt, zudem schrieb Staatssekretär Florian Hassler an den Nationalen Koordinator und Vize-Minister für EU Integration der Ukraine. Im Gegenzug wandte sich die Vize-Premierministerin der Ukraine per Brief am 27. Februar 2022 an alle Donaustaaten mit Bitte um Unterstützung. Am 7. und 11. März 2022 führte Staatssekretär Hassler Gespräche mit Vertretern der Zivilgesellschaft, die in der Ukraine und den angrenzenden Regionen aktiv sind. Die beteiligten Organisationen verfügen über langjährige Kontakte vor Ort sowie gute Verbindungen zu lokalen Nichtregierungsorganisationen sowie kirchlichen Einrichtungen und konnten aus erster Hand berichten. Bereits in den ersten Tagen nach Kriegsausbruch starteten viele beteiligte Organisationen umfangreiche Hilfstransporte für die Ukraine, aber auch zur Unterstützung armer Grenzgemeinden in den anliegenden Staaten. Im Gespräch mit Staatssekretär Hassler wurde immer wieder der Wunsch nach einer besseren Vernetzung der vielen Helfenden geäußert, ggf. unter dem Dach der bestehenden Netzwerke in der EUSDR.

Konferenz zur Zukunft Europas

Die Landesregierung hat sich, wie im Bericht des 4. Quartals 2021 berichtet, im vergangenen Herbst zusammen mit europäischen Partnerregionen und Kommunen aus dem Land mit zahlreichen Dialogformaten an der Konferenz zur Zukunft Europas beteiligt. Zu Jahresbeginn 2022 hat das Staatsministerium deren Ergebnisse ausgewertet und in der Broschüre „Beiträge des Landes zur Konferenz zur Zukunft Europas“ zusammengefasst. Die Ergebnisse der Bürgerdialoge haben Eingang in ein Positionspapier der Landesregierung zur Zukunftskonferenz gefunden, das am 15. Februar 2022 im Ministerrat beschlossen wurde. Das Positionspapier enthält in Ergänzung zum Europa-Leitbild der Landesregierung wesentliche Standpunkte zu institutionellen Fragen in prägnanter Form und ist Teil der Broschüre. Das Positionspapier wurde von Staatssekretär Florian Hassler am 12. März 2022 an die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Dr. Anna Lührmann und den französischen Staatssekretär für Europa Clément Beaune stellvertretend für die französische Ratspräsidentschaft am Rande der Plenartagung der Konferenz zur Zukunft Europas in Straßburg übergeben. Beide sind Mitglieder der Plenarversammlung. Das Positionspapier steht der Öffentlichkeit über das Beteiligungsportal des Landes unter diesem [Link](https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de) zur Verfügung (<https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de> -> Konferenz zur Zukunft Europas -> Aktivitäten in Baden-Württemberg).

Auf der europäischen Ebene haben im 1. Quartal 2022 die vier europäischen Bürgerforen der Konferenz zur Zukunft Europas ihre Arbeit abgeschlossen und 178 Empfehlungen an die Plenarversammlung der Konferenz formuliert. Die Foren arbeiteten zu den Themenkomplexen „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung / Bildung, Kultur, Jugend und Sport / Digitaler Wandel“, „Demokratie, Werte, Rechte, Rechtsstaatsprinzip, Sicherheit in der EU“, „Klimawandel, Umwelt, Gesundheit“ sowie „Die EU in der Welt / Migration“. In jedem der vier Foren diskutierten 200 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus allen 27 Mitgliedstaaten, die die Vielfalt Europas in Bezug auf geografische Herkunft (Staatsangehörigkeit, Stadt/Land), Geschlecht, Alter, sozioökonomischer Hintergrund und Bildungsstand ungefähr abbilden sollen. Dabei gehörte ein Drittel der Altersgruppe der 16-25jährigen an. Jedes Panel debattierte in drei Sitzungen.

Die Empfehlungen der Bürgerforen wurden im Januar und März 2022 in der Plenarversammlung der Zukunftskonferenz vorgestellt und dort diskutiert. Mit der Debriefing-Reihe zur Zukunftskonferenz informierte die Vertretung des Landes bei der EU in Brüssel die Öffentlichkeit über das dort diskutierte am 24. Januar 2022 sowie am 14. und 28. März 2022. Staatssekretär Florian Hassler begrüßte dazu jeweils die Vertreterinnen und Vertreter der Plenarversammlung: Dr. Anne Echterhoff von der Union der Europäischen Föderalisten, Daniel Freund aus dem Europäischen Parlament und Gunther Krichbaum aus dem Deutschen Bundestag. Staatssekretär Hassler stellte in diesem Rahmen den Beteiligungsprozess in Baden-Württemberg zur Zukunftskonferenz und dessen Ergebnisse vor.

Im April 2022 wird sich die Plenarversammlung in ihren verbleibenden zwei Sitzungen am 8./9. sowie am 29./30. April 2022 auf ein Gesamt-votum der Konferenz verständigen und dabei neben den Empfehlungen aus den vier Bürgerforen auch die Ergebnisse aus den Mitgliedstaaten, den Regionen und von der Konferenzplattform berücksichtigen. Das Sekretariat der Konferenz hat dafür einen Abschlussbericht über die mehrsprachige digitale Plattform vorgelegt, der alle Beiträge bis Redaktionsschluss der Plattform am 20. Februar 2022 berücksichtigt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 43.734 Beiträge mit 16.274 Ideen, 21.264 Kommentaren und 6.196 Veranstaltungen erfasst. In absoluten Zahlen wurden die meisten Beiträge aus den bevölkerungsstärksten Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien eingereicht, jedoch verzeichnen die kleineren Länder im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung mehr Beiträge. Die höchsten Beteiligungsquoten weisen Luxemburg, Ungarn, Malta, Belgien, Finnland und Österreich auf. Thematisch gesehen, wurden mit Abstand die meisten Beiträge zu den Themen „Demokratie in Europa“ sowie „Klimawandel und Umwelt“ eingereicht. Der Bericht kann unter diesem [Link](https://futureu.europa.eu/?locale=de) abgerufen werden (*<https://futureu.europa.eu/?locale=de> -> Berichte -> Bericht der Plattform*).

Am 9. Mai 2022 soll das Gesamtergebnis der Konferenz zur Zukunft Europas der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Offen ist zum jetzigen Zeitpunkt, wie die Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz erfolgen wird. Es wird erwartet, dass die Europäische Kommission, der Rat der

EU und das Europäische Parlament zunächst getrennt voneinander eine eigene Position zu den Beschlüssen erarbeiten.

Beziehungen zur Schweiz

Am 31. Januar 2022 sprach Ministerpräsident Winfried Kretschmann gemeinsam mit Staatssekretär Florian Hassler mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Maroš Šefčovič über die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz. Seitdem der Schweizer Bundesrat am 26. Mai 2021 die Gespräche mit der Europäischen Kommission über ein institutionelles Rahmenabkommen abgebrochen hat, sind die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz belastet. Ministerpräsident Kretschmann erläuterte Vizepräsident Šefčovič die engen Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz und wies auf die schwerwiegenden Folgen für die Grenzregion hin, die aufgrund des Scheiterns des Rahmenabkommens bereits zu verzeichnen ist und noch zu erwarten sind. Aus diesem Grund warb Ministerpräsident Kretschmann für enge und gute Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz. Er forderte nochmals eine baldige und vollumfängliche Assoziierung der Schweiz am EU-Forschungsprogramm „Horizont Europa“ sowie eine Klärung der offenen institutionellen Fragen zwischen der EU und der Schweiz.

Am 4. Februar 2022 empfing Ministerpräsident Winfried Kretschmann den neuen Generalkonsul der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Herrn Urs Schnider, in Stuttgart zum Antrittsbesuch. Hauptthema war der Abbruch der Verhandlungen zum Institutionellen Rahmenabkommens der Schweiz mit der EU.

Am 18. März 2022 besuchte Staatssekretär Florian Hassler zusammen mit dem schweizerischen Botschafter Dr. Paul R. Seger und Generalkonsul Urs Schnider den Kanton Schaffhausen. In dem Regierungsaustausch standen die grenzüberschreitende Pandemiebekämpfung (Zwischenbilanz und Erfahrungsaustausch), Verkehrsthemen sowie die geplanten deutsch-schweizerischen Dialogformate im Mittelpunkt. Auch ein Austausch mit der Bürgermeisterin der deutschen Exklave Büsingen stand auf dem Programm.

Am 28. März 2022 führte Staatssekretär Florian Hassler gemeinsam mit Staatssekretärin Petra Olschowski Gespräche mit der Kantonsregierung

St. Gallen sowie mit dem Rektor der Universität St. Gallen. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Zukunft der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU nach dem einseitigen Abbruch der Verhandlungen zum Institutionellen Rahmenabkommen seitens der Schweizer Regierung, was vor allem auch von den Grenzkantonen sehr kritisch bewertet wurde, sowie die Konsequenzen der Nichtassoziiierung der Schweiz im EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ für die Hochschulen in St. Gallen und Baden-Württemberg.

Staatssekretär Florian Hassler sprach zudem mit weiteren Vertreterinnen und Vertretern aus der Schweiz, unter anderem mit dem Botschafter Dr. Paul R. Seger und Abgeordneten des Schweizer Nationalrats über die EU-Schweiz-Beziehungen. Bei den Schweizer Partnerinnen und Partnern forderte Staatssekretär Hassler Bewegung in Richtung einer positiven Europapolitik sowie die schnelle Aufnahme von Gesprächen mit der Europäischen Kommission. Ebenfalls wurden die Vorschläge des Schweizer Bundesrates von Ende Februar 2022 diskutiert, mit denen der Bundesrat eine Stoßrichtung für ein Verhandlungspaket mit der EU festgelegt hatte.

Gesundheitspolitik

Am 31. Januar 2022 sprach Ministerpräsident Winfried Kretschmann zusammen mit Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut und Minister Manfred Lucha mit der EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides, unter anderem über die Pandemie, die Schaffung eines grenzüberschreitenden Gesundheitsraums sowie über die europäische Medizinprodukteverordnung. Als Folge der Pandemie ist es ein langfristiges Ziel der baden-württembergischen Landesregierung einen gemeinsamen grenzüberschreitenden Gesundheitsraum mit den französischen und Schweizer Nachbarn zu schaffen. Hierzu forderte Ministerpräsident Kretschmann die Gesundheitskommissarin Kyriakides auf, die Schweiz vollumfänglich in das europäische Pandemiemanagement sowie die europäischen Strukturen zur Bekämpfung grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren einzubinden.

Die europäische Medizinprodukteverordnung, die am 26. Mai 2021 in Kraft getreten ist, verursacht bei der Umsetzung und Anwendung große Herausforderungen für die baden-württembergische Medizintechnik-

Branche. Bereits in den vergangenen Jahren wies die baden-württembergische Landesregierung auf die Probleme bei der Europäischen Kommission hin und erarbeitete konkrete Handlungsempfehlungen für die europäische Ebene. Beim Gespräch mit der Gesundheitskommissarin Kyriakides wurden die baden-württembergischen Handlungsempfehlungen sowie die weiteren Schritte der Europäischen Kommission zur Schaffung von Erleichterungen für Unternehmen und Gesundheitsversorger diskutiert. Ministerpräsident Kretschmann verdeutlichte, dass weitere Verbesserungen für Unternehmen sowie Patientinnen und Patienten notwendig sind und umgesetzt werden müssen.

Im Rahmen der „Brüsseler Gespräche zum Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg“ fand am 22. Februar 2022 eine Veranstaltung des Wirtschaftsministeriums und des Sozialministeriums in der LV Brüssel zum Thema „Wie kann die Implementierung der Europäischen Medizinprodukteverordnung erfolgreich gestaltet werden? - Handlungsempfehlungen aus Baden-Württemberg“ statt. Das Sozialministerium veranstaltete zudem am 24. Januar 2022 eine Online-Veranstaltung in der LV Brüssel zu KI-basierten Medizinprodukten in der Versorgung unter dem Dach der Brüsseler Gespräche zum Forum Gesundheitsstandort.

II. Laufende europapolitische Themen

Ausschuss der Regionen (AdR)

Im Mittelpunkt der 148. Plenartagung des AdR am 26./27. Januar 2022 standen die Themen Mobilität, Kohäsionspolitik, ländlicher Raum und die Konferenz zur Zukunft Europas. Staatssekretär Florian Hassler beteiligte sich an der Aussprache mit der für Verkehr zuständigen Kommissarin Adina Vălean zur Umsetzung des Europäischen Grünen Deals im Bereich der Mobilität und verwies in seiner Plenarrede auf die Bedeutung des umfassenden Transformationsprozesses in der Automobilindustrie für viele Regionen und die erfolgreiche Arbeit des Strategiedialogs Automobilwirtschaft BW (Links zur Debatte <https://audiovisual.ec.europa.eu/en/video/I-217193?lg=INT> und <https://audiovisual.ec.europa.eu/en/video/I-217197?lg=INT>). Er forderte, dass die Regionen bei der Begleitung des Transformationsprozesses auf EU-Ebene stärker in den Fokus rücken und die Möglichkeit haben sollten, ihre Anregungen und Anliegen direkt auf EU-Ebene einzubringen. Bei der Abstimmung über die Stellungnahme „Auf dem Weg zu einem emissions-

freien Straßenverkehr: Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe und Verschärfung von CO₂-Emissionsnormen“ fanden mehrere Änderungsanträge von Staatssekretär Hassler eine Mehrheit, unter anderem Forderung nach einem Dialog zur Transformation der Automobilwirtschaft auf EU-Ebene.

In der Debatte mit Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Europäische Demokratie“ berichtete Staatssekretär Hassler über die positiven Erfahrungen mit dem Instrument der Bürgerdialoge. Er betonte, dass die Rückmeldungen von den Bürgerinnen und Bürgern ernst genommen werden und sich im Abschlussdokument wiederfinden müssten. Es müsse rechtzeitig geklärt werden, wie der Folgeprozess zur Zukunftskonferenz aussehen wird und wie ihre Empfehlungen dann auch konkret umgesetzt werden. Der AdR nahm eine Entschließung zur Zukunftskonferenz an. Hier konnte Staatssekretär Hassler mit einem Änderungsantrag erreichen, dass die Forderung nach einer Institutionalisierung neuer Formen der Bürgerbeteiligung auf Ebene der EU durch Bürgerdialoge mit zufällig ausgewählten Bürgern zu spezifischen Themen aufgenommen wurde.

Im Rahmen der Plenartagung fanden weitere Debatten mit Kommissarin Elisa Ferreira zur Umsetzung der Kohäsionspolitik und mit Kommissionsvizepräsidentin Dubravka Suica zur langfristigen Strategie für die ländlichen Räume statt.

Europapolitischer Austausch mit den Kommunalen Landesverbänden

Am 4. Februar 2022 sprach Staatssekretär Florian Hassler mit den drei Kommunalen Landesverbänden Baden-Württembergs und deren Brüsseler Europabüro über europapolitische Themen. Staatssekretär Hassler erläuterte dabei die europapolitischen Schwerpunktthemen der Landesregierung und unterstützte dabei ausdrücklich die bisher sehr enge und gute Zusammenarbeit bei europapolitischen Themen zwischen Land und Kommunen sowohl in Baden-Württemberg als auch in Brüssel weiterzuführen. Die Kommunalen Landesverbände gaben einen Einblick in europapolitische Themen, die die Kommunen direkt betreffen, wie beispielsweise die Umsetzung des European Green Deals, die Bauplatzvergabe sowie die Umsetzung der europäischen Mehrwertsteuersystemrichtlinie. Staatssekretär Hassler bekräftigte die Unterstützung der Landesregierung bei den Anliegen der Kommunen in Brüssel.

88. Europaministerkonferenz (EMK)

Die 88. EMK am 9. Februar 2022 war die zweite Sitzung unter sächsischem Vorsitz. Aufgrund der Corona-Situation fand die EMK als Videokonferenz statt. Schwerpunktthemen der 88. EMK waren die Rechtsstaatlichkeit in der EU und der Europäische Green Deal.

Die Mitglieder der EMK einigten sich auf einen Beschluss zum European Green Deal, bei dem Baden-Württemberg Mittragsteller war. Der Beschluss stellt die verschiedenen Stellschrauben zum Erreichen des 1,5 Grad-Ziels in den Mittelpunkt. Dazu gehören ökologisches Bauen, Weiterentwicklung von Mobilität, Dekarbonisierung und Emissionssenkung im Luft- und Seeverkehr. Baden-Württemberg konnte sich insbesondere zur wichtigen Bedeutung von Innovation und Forschung für den Green Deal einbringen und auf die Aufnahme der Under2-Coalition in den Beschluss hinwirken. Ein Teil der Länder, darunter Baden-Württemberg, verständigte sich zudem auf einen Zusatz zum Beschluss; in dieser Prokollerklärung wird die europäische Einstufung von Atomenergie als ökologisch nachhaltige Energieform abgelehnt. Frans Timmermans, Vizepräsident der Europäischen Kommission und Dr. Franziska Brantner, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz legten in der 88. EMK die Umsetzungspläne des Green Deal auf europäischer und auf Bundesebene dar. Frans Timmermans zeigte im Gespräch insbesondere großes Interesse an den Erfahrungen aus dem Strategiedialog Automobilwirtschaft Baden-Württemberg.

Den Tagesordnungspunkt Rechtsstaatlichkeit erörterten die Mitglieder EMK mit der Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes, Dr. Katarina Barley. Die EMK fasste einen Beschluss, der den Schutz der Werte der EU und des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit betont. Auch hier war Baden-Württemberg Mittragsteller. In der Diskussion wurde nochmals deutlich, dass die Rechtsstaatlichkeitsverletzungen in Ungarn und Polen nochmals eine ganz andere Dimension aufweisen als diese in anderen Mitgliedsstaaten, die es zweifellos auch gibt.

Dr. Anna Lührmann, Staatsministerin für Europa im Auswärtigen Amt und Botschafter Michael Clauß, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik bei der EU, sprachen zu aktuellen europapolitischen Schwerpunkten der Bundesregierung und zu aktuellen europapolitischen Themen aus Brüssel.

Die Mitglieder der EMK befassten sich zudem mit dem aktuellen Stand der Konferenz zur Zukunft Europas. Hierzu berichtete die Vertreterin des Bundesrats, Ministerin Lucia Puttrich aus der Plenarversammlung. Die EMK fasste einen Beschluss zum Europäischen Jahr der Jugend. Die Jugend Europas, die besonders von der COVID-19-Pandemie betroffen sind, soll wieder eine positive Perspektive erhalten und dazu ermutigt werden, sich zu engagieren. Die Mitglieder der EMK hoben in ihrem Beschluss zudem die herausragende Leistung der europäischen Jugendwerke, wie des Deutsch-Französischen und des Deutsch-Polnischen Jugendwerks hervor und begrüßten die Initiative der Bundesregierung, nach diesen Vorbildern weitere Jugendwerke einzurichten.

Brüsseler Gespräche zum Strategiedialog Automobilwirtschaft BW

Am 24. März 2022 fand der Auftakt der Veranstaltungsreihe „Brüsseler Gespräche zum Strategiedialog Automobilwirtschaft BW“ in der baden-württembergischen Landesvertretung bei der EU in Brüssel sowie virtuell statt. Ministerin Thekla Walker und Minister Winfried Hermann diskutierten dabei mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und aus den Europäischen Institutionen zum Thema „Wasserstoff und reFuels als Treiber auf dem Weg zur Klimaneutralität – Welche Rahmenbedingungen braucht es auf europäischer Ebene?“. Staatssekretär Florian Hassler wies in seiner Rede auf die wichtige Rolle von grünem Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen zur Erreichung der Klimaziele in Baden-Württemberg und in der EU hin. Die baden-württembergische Landesregierung hatte bereits Ende 2020 ihre Wasserstoff Roadmap beschlossen. Er machte zudem deutlich, dass grüner Wasserstoff ein zentraler Baustein ist, um die Abhängigkeiten von russischen fossilen Energieträgern zu minimieren. Staatssekretär Hassler forderte die Europäische Kommission auf, schnell über die Notifizierung der Projekte zum Aufbau einer europäischen Wasserstoffwirtschaft im Rahmen der IPCEI zu entscheiden sowie bei der Ausarbeitung des delegierten Rechtsaktes für grünen Wasserstoff darauf zu achten, dass dieser dem Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft in Europa und Baden-Württemberg nicht im Wege steht.

Konsultationen des RegionalHub-Netzwerks

Baden-Württemberg hat im Rahmen seiner Mitarbeit im Regional Hubs-Netzwerk (RegHub) des Ausschusses der Regionen (AdR) im

vergangenen Jahr an zwei Konsultationen zum europäischen Rechtsrahmen für die elektronische Auftragsvergabe und zur INSPIRE-Richtlinie bezüglich der Erfassung und Verarbeitung von Geodaten teilgenommen. Die Konsultationsberichte des Netzwerkes wurden im 1. Quartal 2022 veröffentlicht. An den Konsultationen haben sich die betroffenen Regierungsressorts, das Regierungspräsidium Freiburg, die kommunalen Spitzenverbände, der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband, der Baden-Württembergische Handwerkstag, der Verband kommunaler Unternehmen Baden-Württemberg sowie der Begleitausschuss zum Aufbau der Geodateninfrastruktur Baden-Württemberg beteiligt.

Europafähigkeit und Europakommunikation

Dynamischer Europapool

Am 10. März 2022 wurde ein digitales Seminar „Networking“ für Mitglieder des Dynamischen Europapools durchgeführt. Angesichts des großen Interesses ist ein zweites Seminar im Juni 2022 geplant.

Pandemie-bedingt gab es 2020/2021 einen Einbruch bei den Auslandsverwendungen. Erfreulicherweise steigen die Zahlen seit Mitte 2021 wieder. Im 1. Quartal 2022 haben fünf Pool-Mitglieder eine Tätigkeit mit europäischem Bezug bei verschiedenen Einrichtungen begonnen.

Planungen für die Europawoche 2022 und den Schulprojekttag

Derzeit laufen intensive Vorbereitungen für die Europawoche 2022. Das Staatsministerium hat eine Veranstaltungsreihe „12 Sterne für Europa“ initiiert, bei denen während der bundesweiten Europawoche (30. April – 9. Mai 2022) zwölf dezentrale Europaveranstaltungen im ganzen Land stattfinden werden. Kooperationspartner des Staatsministeriums sind mehrere Kommunen, die Europe Direct Informationszentren der Europäischen Kommission in Baden-Württemberg sowie die Europaverbände.

Auch im Zusammenhang mit dem bundesweiten EU-Schulprojekttag 2022 laufen aktuell Vorbereitungen. Das Staatsministerium plant in Kooperation mit dem Europa Zentrum Baden-Württemberg eine Reihe von Veranstaltungen an bis zu 10 Schulen im Land.

Staufermedaille

Das Staatsministerium ehrt Personen, die sich in besonderer Weise dafür engagieren, dass junge Europäerinnen und Europäer sich gegenseitig kennenlernen und dabei ein tieferes Verständnis für die Bedeutung des Europäischen Einigungsprozesses, das Zusammenwachsen Europas und seine gemeinsamen Werte erlangen, mit der Staufermedaille. Die Ehrung der ausgewählten Bürgerinnen und Bürger wird Staatssekretär Florian Hassler stellvertretend für Ministerpräsident Winfried Kretschmann im Herbst 2022 vornehmen.

III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit Frankreich

Gespräch von Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit dem Präsidenten der Région Grand Est Jean Rottner

Ministerpräsident Winfried Kretschmann und der Präsident der Région Grand Est, Jean Rottner, trafen sich im Rahmen eines politischen Gesprächs am 20. Januar 2022, um sich in Vorbereitung der Reise von Herrn Ministerpräsidenten vom 31. März bis 1. April 2022 zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auszutauschen. Themen waren der Präsidentschaftswahlkampf in Frankreich, der Zukunftsprozess Fessenheim und die Machbarkeitsstudie sowie grenzüberschreitenden Schienenverbindungen und die Pandemieplanung.

Zusammenarbeit in der Corona-Pandemie

Die deutsch-französische Videokonferenz mit den drei Grenzländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland sowie dem Bund (AA, BMI, BMG) auf deutscher Seite und der Präfektur, der Région Grand Est, den Grenzdépartements, der regionalen französischen Gesundheitsbehörde ARS auf französischer Seite sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Luxemburg, der wallonischen Region Belgiens und der Schweiz fand im Berichtszeitraum weiterhin nach Bedarf und Entwicklung der Infektionslage statt. Das Format bietet die Möglichkeit, sich rechtzeitig über eventuell ansteigende Infektionszahlen auszutauschen und über nationale und regionale Maßnahmen zu informieren bzw. sich hierüber abzustimmen.

Deutsch-französischer Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ)

Am 12. März 2022 fand erstmals eine Sitzung des Ausschusses für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit unter der Leitung der neuen Staatsministerin im Auswärtigen Amt Dr. Anna Lührmann und Staatssekretär Clément Beaune statt. Baden-Württemberg wurde bei der Sitzung in Straßburg von Staatssekretär Florian Hassler vertreten.

Die zentralen Themen aus baden-württembergischer Sicht waren das neu in Frankreich verabschiedete 3DS-Gesetz, die unter Mitwirkung von Baden-Württemberg erarbeitete Empfehlung zur Arbeitnehmerentsendung sowie die grenzüberschreitenden Schienenverkehrsprojekte, die sogenannten „Missing Links“.

Das neue französische 3DS-Gesetz über die Differenzierung, Dezentralisierung und Dekonzentrierung bringt verschiedene Vereinfachungsmaßnahmen (Simplifizierung) für regionale Verwaltungsbehörden und soll für mehr Bürgernähe sorgen. Auch in Bereichen, die für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit relevant sind, wird das Gesetz Vereinfachungen bringen. Beispielsweise ist es nun wieder möglich, zur grenzüberschreitenden Ausbildung ein zwischenstaatliches Abkommen mit einem Partnerland abzuschließen. Baden-Württemberg hat die Präfektur der Région Grand Est gebeten, dies zügig umzusetzen.

Ferner wurde über das Thema Arbeitnehmerentsendung und die hohen bürokratischen Auflagen bei der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung beraten. Baden-Württemberg brachte zu diesem Thema als Berichterstatter einen Beschlussvorschlag ein, der auch angenommen wurde. Der Beschlussvorschlag hat eine Empfehlung für Vereinfachungen der hohen Verwaltungsanforderungen bei der Entsendung nach Frankreich, des Erlasses einer Durchführungsverordnung des französischen Arbeitsministeriums sowie der Digitalisierung, beispielsweise der sog. A1-Bescheinigung, zum Gegenstand und richtet sich an die zuständigen deutschen und französischen Behörden.

Die längste Aussprache der Sitzung fand schließlich zum Thema grenzüberschreitende Bahnverbindungen statt. Für das BMDV erklärte der Parlamentarische Staatssekretär Michael Theurer, dass die beiden Bahnstrecken Freiburg-Colmar und Rastatt-Hagenau für den Bund von höchster Priorität seien und der Bau dieser „Missing Links“ deshalb im Koalitionsvertrag verankert worden sei. Gleichzeitig erteilte er jedoch erneut einer Anmeldung der Strecken für das Transeuropäische Verkehrsnetz (TEN V) eine Absage mit dem Verweis auf die Nachteile, die

eine solche Anmeldung in Form einer Erschwerung durch weitere Auflagen mit sich brächte. Er erklärte, die Ergebnisse der Studien in diesem Halbjahr abzuwarten und dann auf deren Grundlage über eine Finanzierungsmöglichkeit gemeinsam mit der französischen Seite entscheiden zu wollen.

Baden-Württemberg betonte nochmals, dass die Landesregierung sich für die gemeinsame, deutsch-französisch abgestimmte Anmeldung der Strecken Freiburg-Colmar und Rastatt-Hagenau in das TEN V einsetze und hier in jedem Fall zu einer gemeinsamen Lösung mit dem Partner Frankreich, auch auf EU-Ebene, kommen wolle.

Internationale Bodenseekonferenz (IBK)

Zum Auftakt des diesjährigen Jubiläumsjahres anlässlich des 50-jährigen Bestehens der IBK hatte der amtierende Vorsitz Appenzell Ausserrhoden am 14. Januar 2022 Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertreter aus den zehn IBK-Mitgliedsregionen zu einem Gipfeltreffen eingeladen. Auch der amtierende Schweizer Bundespräsident Ignazio Cassis stattete dem Gipfeltreffen einen Besuch ab. In Vertretung für Ministerpräsident Winfried Kretschmann nahm Verkehrsminister Winfried Hermann teil. Die Veranstaltungen im Jubiläumsjahr widmen sich insbesondere den verschiedenen Aspekten von Mobilität in der Bodenseeregion. Zum Abschluss des Gipfeltreffens wurde von den Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertretern eine Gipfelerklärung verabschiedet, die in zwölf Punkten die Schwerpunkte der interregionalen politischen Zusammenarbeit im Bodenseeraum festhält.

EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

In einer außerordentlichen Sitzung des Executive Board der EUSALP wurden am 10. März 2022 offene Fragen der Mittelverteilung an die Arbeitsgruppen sowie die Rolle der Technical Support Structure diskutiert. Die Federführung für die Technical Support Structure als koordinierende Stelle der EUSALP hat die Region Provence-Alpes-Cote d'Azur, im März und April 2022 läuft die Personalgewinnung.

Besuch des katalanischen Präsidenten Pere Aragonès

Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Staatssekretär Florian Hassler haben am 16. März 2022 den Präsidenten Kataloniens, Pere Aragonès, in der Villa Reitzenstein empfangen. Angesprochen wurden

neben der Ukraine-Krise vor allem Themen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wie etwa die Transformation der Automobilwirtschaft. Weiterhin besichtigte die katalanische Delegation das Kompetenzzentrum Quantencomputing Baden-Württemberg in Ehningen sowie die Unternehmensgruppe Freudenberg in Weinheim.

IV. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg, der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals/SDGs) und des Pariser Klimaabkommens standen auch im 1. Quartal 2022 im Zentrum der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums. Sie ist weiterhin beeinträchtigt durch die Corona-Pandemie.

Der entwicklungspolitische Schwerpunkt des kommunalen Engagements wurde auf einer Online-Tagung am 26. Januar 2022 entlang des bundesweit einmaligen Handlungskonzept Kommunale Entwicklungspolitik weiter vertieft. In Zusammenarbeit mit dem Bundes- und Landesverband der Kommunalunternehmen wurden diese wichtigen Akteure für die internationale Zusammenarbeit mit den Förderprogrammen des Bundes vernetzt.

Um den Schwerpunkt des jungen entwicklungspolitischen Engagements ging es am 7. Februar 2022, als Kultusministerin Theresa Schopper im Rat für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg zu Gast war. Die Ausgestaltung der Gesamtstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung des Landes wurde dabei intensiv beraten.